



SGA/01/2023

Abschrift!

Genehmigtes Protokoll

**über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und
Senior:innen
am Dienstag, dem 14.03.2023, 16:00 Uhr,
im Kreistagssaal des Kreishauses A, Kreishaus am Schlossplatz,
31582 Nienburg**

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:15 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigtes Mitglied

Frau KTA Uta Sievers, 31600 Uchte
Herr KTA Daniel Barg, 31603 Diepenau
Herr KTA Andreas Cordes, 31622 Heemsen
Herr KTA Karsten Heineking, 31606 Warmsen
Frau KTA Kirsten Heusmann, 31582 Nienburg
Herr KTA Tim Höper, 31637 Rodewald
Frau KTA Viktoria Kretschmer, 31582 Nienburg
Frau KTA Elisabeth Kurowski, 27333 Schweringen
Frau KTA Barbara Weißenborn, 31582 Nienburg
Herr KTA Oliver Ziebolz, 31633 Leese

als Vorsitzende

Grundmandat gem. § 71 Abs. 4 NKomVG

Frau KTA Katharina Fick, 31637 Rodewald
Herr KTA Peter Schiemann, 27318 Hoya
Herr KTA Anton van den Born, 31547 Rehburg-Loccum

Beratendes Mitglied

Frau Heidrun Fellhauer, 27324 Gandesbergen

Verwaltung

Frau Kreisrätin Kathrin Woltert,
Frau Ltd. Med.-Dir. Dr. Silke Farin,
Herr KVR Karsten Buchholz, Fachbereich Soziales
Frau Petra Bauer, Gleichstellungsbeauftragte
Frau KAR Andrea Braunack, Fachdienst Senioren und Pflege als Protokollführerin

Die Vorsitzende KTA Sievers eröffnet um 16.00 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senior:innen, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit des Gremiums sowie nachstehende Tagesordnung fest:

- TOP 1: Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senior:innen vom 22.11.2022
- TOP 2: Flüchtlingssituation im Landkreis Nienburg/Weser **2023/034**
- TOP 3: Umsetzung Wohngeld PLUS **2023/035**
- TOP 4: Aktueller Bericht zum Teilhaushalt des Fachbereichs 31 **2023/036**
- TOP 5: Mitteilungen/Anfragen
- TOP 5.1: Mitteilungen/Anfragen; hier: Digitalisierung des Fachbereichs Gesundheitsdienste
- TOP 5.2: Mitteilungen/Anfragen; hier: Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG)
- TOP 6: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Zur Beglaubigung:

Die Vorsitzende	Protokollführerin	Der Landrat In Vertretung
gez. Sievers	gez. Braunack	gez. Woltert
Kreistagsabgeordnete	Kreisamtsrätin	Kreisrätin



Protokoll zu TOP 1

14.03.2023

Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senior:innen vom 22.11.2022

Beschluss:

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 3 Enthaltungen

Beratungsgang:

Das Protokoll aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senior:innen vom 22.11.2022 wird genehmigt.



Protokoll zu TOP 2

2023/034

14.03.2023

Flüchtlingssituation im Landkreis Nienburg/Weser

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis:

Beratungsgang:

Herr Buchholz berichtet, dass die Anzahl der Flüchtlinge, die Leistungen nach dem AsylbLG beziehen, mit gut 800 Menschen seit Jahren konstant sei.

Daneben seien im Landkreis 1.250 Menschen aus der Ukraine leistungsberechtigt nach SGB II (Bürgergeld) und weitere 145 leistungsberechtigt nach SGB XII (Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt).

Anerkannte Asylbewerber:innen seien in den Zahlen nicht enthalten.

Das Land verteile seit Anfang des Jahres keine Ukrainer:innen mehr, da Niedersachsen im bundesweiten Vergleich eine erhebliche „Überquote“ aufweise. Dies könne sich zwar jederzeit ändern, derzeit ginge der Landkreis aber davon aus, dass dieses Moratorium noch über Wochen andauern werde.

Vor diesem Hintergrund werde nicht erwogen, den Betrieb der „Halle für Alle“, die leer stehe, über den aktuellen Vertragszeitraum (31.03.2023) hinaus fortzusetzen.

Unter den Anwesenden entsteht eine Diskussion zum Thema, insbesondere wird der Aspekt der Integration in den Arbeitsmarkt in den Fokus genommen. In diesem Zusammenhang verweist Herr Buchholz auf das neue Gesetz zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts.



Protokoll zu TOP 3

2023/035

14.03.2023

Umsetzung Wohngeld PLUS

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis:

Beratungsgang:

Herr Buchholz teilt mit, dass die Zahl der Wohngeldanträge wie erwartet ganz erheblich gestiegen sei, im Januar 2023 auf fast das Dreifache des letztjährigen Monatsdurchschnitts. Wegen des Aufschubs z. B. für Pflegeheimbewohner:innen und Beziehender:innen von Bürgergeld werde ab Juli 2023 eine weitere Antragswelle einsetzen.

Das zusätzliche Personal (3 Stellen im FD Bundesleistungen), das der Ausschuss seinerzeit genehmigt habe, werde auch benötigt.



Protokoll zu TOP 4

2023/036

14.03.2023

Aktueller Bericht zum Teilhaushalt des Fachbereichs 31

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis:

Beratungsgang:

Herr Buchholz erläutert die Sitzungsvorlage. Der Kreishaushalt 2023 weise in der Planung einen erheblichen Fehlbetrag aus. Hieran hätten die wesentlichen Produkte des FB 31 einen entsprechenden Anteil. Unter Berücksichtigung der tatsächlichen Entwicklungen seit der Aufstellung des Haushalts beobachteten die Produktverantwortlichen kontinuierlich die Auswirkungen auf den Haushalt.

Derzeit zeichne sich ab, dass die Erwartungen für die Produkte 311 und 313 weitgehend zutreffend waren, der Stamm der Leistungsbezieher sei relativ konstant und die Erhöhung von Heimkosten und Pflegesätzen seinen bekannt oder zu erwarten gewesen.

Bei den Produkten 310 (Jobcenter) und 312 (hier: Asyl) deute der derzeitige Verlauf darauf hin, dass die Aufwendungen hier jeweils um eine knappe Millionen Euro niedriger ausfallen werden.

Im Produkt 310 wirke sich auch die deutliche Erhöhung des Bürgergelds aus. Die dadurch verursachte Erhöhung des gesamten Leistungsanspruchs habe auch erhebliche Folgen für die vom Landkreis zu tragenden Unterkunft- und Heizkosten.

Das anzurechnende Einkommen der Leistungsbezieher:innen werde immer zuerst auf die Bundesleistungen angerechnet. Daher wirkten sich viele Integrationserfolge des Jobcenters nicht oder nur marginal auf die Leistungen des Landkreises aus.

Herr Buchholz weist darauf hin, dass Erhöhungen von Abschlagszahlungen für Heizkosten auch den Leistungsanspruch der Bedarfsgemeinschaften erhöhen würden. Bedarfsgemeinschaften mit einem gerade den Bedarf deckenden Einkommen hätten ggf. Anspruch auf Unterstützung bei einmaligen Bedarfen aufgrund von Ver-

brauchsabrechnungen. Nach derzeitigen Beobachtungen wiesen die bisher abgerechneten Verbrauchszeiträume aus dem Jahr 2022 aber keine signifikanten Nachzahlungen auf.

Höhere Abschlagzahlungen für Verbrauchsstrom seien dagegen laufend aus den Regelleistungen der Bedarfsgemeinschaft zu tragen.

Für einen Härtefallfonds sehe die Verwaltung jedoch zumindest in diesem Jahr keinen Bedarf, da im Einzelfall die Hilfe-Mechanismen der Leistungsgewährung in den verschiedenen Rechtskreisen zur Verfügung stünden.



Protokoll zu TOP 5

14.03.2023

Mitteilungen/Anfragen

Beschluss:



Protokoll zu TOP 5.1

14.03.2023

Mitteilungen/Anfragen; hier: Digitalisierung des Fachbereichs Gesundheitsdienste

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis:

Beratungsgang:

Frau Dr. Farin berichtet, dass, nachdem der FB Gesundheitsdienste die Pandemie hinter sich gebracht habe, man sich nun der Digitalisierung des FB widme. Mit dem „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD)“ fördere der Bund Personal, Digitalisierung und moderne Strukturen und habe dem FB 480.000,00 € Fördergelder zur Verfügung gestellt. Dies bringe viel Arbeit mit sich. Zur Unterstützung habe man ein externes Beratungsunternehmen akquiriert.



Protokoll zu TOP 5.2

14.03.2023

Mitteilungen/Anfragen; hier: Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG)

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis:

Beratungsgang:

Frau Woltert bezieht sich auf das KJSG, wonach Leistungen für körperlich, geistig und seelisch beeinträchtigte Kinder und Jugendliche aus einer Hand gewährt werden sollen.

Um die körperlich und geistig beeinträchtigten Kinder und Jugendlichen kümmern sich zurzeit zwei Fachdienste. Der FD 311 (Eingliederungshilfe) bearbeite die Anträge auf Eingliederungshilfe. Dazu müsse er die Entwicklungsberatung des FD 411 (Kinder- und Jugendärztlicher Dienst) involvieren, die die notwendigen Gutachten erstelle. Die beiden FD seien noch dazu in verschiedenen Häusern untergebracht, so dass ein kurzer Dienstweg nicht möglich sei.

In einem ersten Schritt solle nun die Entwicklungsberatung des FD 411 in den FD 311 überführt werden. Damit einher gehe, dass im FD 311 3 Teams gebildet würden.

In einem zweiten Schritt solle später eine Überführung in den FB Jugend stattfinden, der bereits jetzt für seelisch beeinträchtigte Kinder und Jugendliche zuständig sei.



Protokoll zu TOP 6

14.03.2023

Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beschluss:

Beratungsergebnis:

Beratungsgang:

Es werden keine Fragen gestellt.